

REPORT

1. QUARTAL 2022

AUS BERLIN

MARTIN HESS IM EINSATZ FÜR DEUTSCHLAND



Eine Antifa-Freundin als Innenministerin

Seite 11

Wir kämpfen gegen die Impfpflicht

Seite 22

BPA-Informationsfahrten nach Berlin

BESUCHEN SIE MICH IM BUNDESTAG!

TERMINE:

27. bis 30. Juni 2022

17. bis 20. Juli 2022

20. bis 23. September 2022

Anmeldung: Martin.Hess@bundestag.de



MARTIN HESS

Mitglied des Deutschen Bundestages

Sicherheit für Deutschland!

27 Jahre lang war ich Polizist, mit vollem Einsatz und aus innerer Überzeugung. Die wichtigste Aufgabe des Staates ist es, die Bürger zu schützen. Und die Polizisten sind es, die mit ihrem Leben und ihrer Gesundheit auf der Straße dafür einstehen. Mit einer fehlgeleiteten Sicherheits- und einer verheerenden Migrationspolitik machen die Regierungsparteien es der Polizei unmöglich, die Bürger effektiv zu schützen. Ich bin in die Politik gegangen, um dies schnellstmöglich zu ändern.

Liebe Freunde,

AfD wirkt! Ich habe mit den Kollegen der AfD-Bundestagsfraktion am 7. April gegen die Einführung einer Impfpflicht ab 60 und für die Aufhebung der Impfpflicht für Pflegeberufe gestimmt. Mit unserer entschlossenen Politik haben wir die allgemeine Impfpflicht gestoppt. Zusammen mit all den Bürgern, die für ihr Recht auf körperliche Unversehrtheit auf die Straße gingen oder anderweitig Druck auf die Abgeordneten ausübten, haben wir dafür gesorgt, dass die verfassungswidrigen Pläne für eine Impfpflicht nicht durchsetzbar waren.

Vor der Wahl gaben alle Politiker vor, eine Impfpflicht kategorisch auszuschließen. Nach der Wahl waren plötzlich so gut wie alle dafür. Die Massenmedien stimmten fast einstimmig in das Loblied der Impfpflicht ein und diffamierten nicht Geimpfte in inakzeptabler Weise. Nur die AfD blieb ihrem Standpunkt treu: Wir lehnen eine

Impfpflicht ab, weil die Impfung keinen Fremdschutz, sondern nur begrenzten Eigenschutz bietet. Die Impfpflicht käme mit einem Booster-Zwangsabo, das unabsehbare Auswirkungen auf die Immunabwehr hätte. Eine Impfscheidung muss jeder Bürger nach der Abwägung von Nutzen und Risiken für sich selbst treffen.

Längst war klar: Die Einführung einer Impfpflicht wäre verfassungswidrig und durch keinerlei Evidenz gestützt. Mit der Omikron-Variante hat Corona an Gefahr verloren. Andere Länder wie Spanien behandeln Corona wie eine Grippe. Trotzdem hat Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach mit immer neuen widersprüchlichen Begründungen an der Impfpflicht festgehalten. Bis zuletzt wollte er eine Impfpflicht ab 60 Jahren einführen, um sie im Herbst in eine Impfpflicht ab

18 umzuwandeln. Man hat den Eindruck: Dieser Mann hat den Kontakt zur Realität verloren. Als Gesundheitsminister ist er nach seiner Niederlage, nach unserem Sieg für die Freiheit und die Rechtsstaatlichkeit definitiv rücktrittsreif. Weg mit diesem Minister!

Mein Report aus Berlin erscheint ab sofort quartalsweise. Schicken Sie mir gern Ihre Email-Adresse, um den Report als Datei von meinem Büro zu empfangen: martin.hess@bundestag.de Unter dieser Adresse können Sie sich auch für die Besucherfahrten anmelden. Kommen Sie nach Berlin und besuchen Sie mich im Deutschen Bundestag. Sie besuchen außerdem Sehenswürdigkeiten und Bundesbehörden. Anreise und Übernachtung sind kostenfrei. Wir sehen uns!

Mit den besten Grüßen
Ihr Martin Hess

Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes (V.i.S.d.P):

Martin Hess MdB, Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin, Tel.: +49 30 227-72345
Fotos: Elements, Pixabay, Martin Hess



BPA-INFORMATIONSFahrTEN NACH BERLIN

BESUCHEN SIE MICH IM BUNDESTAG!

TERMINE:

27. bis 30. Juni 2022

17. bis 20. Juli 2022

20. bis 23. September 2022

*Inklusive
Besuch des
Bundestages
und eines
Ministeriums*

Senden Sie mir eine E-Mail, wenn Sie dabei sein wollen: martin.hess@bundestag.de



Mehr über mich:
martinhess-afd.de

Inhalt

Islamismus

6 Islamische Gewalttaten nehmen an Berliner Schulen zu

Nancy Faeser

11 Faeser: Eine Antifa-Freundin ist Innenministerin

Corona

22 Das Totalversagen der Bundesregierung

Linksextremismus

32 Linksextreme werden immer gewalttätiger

Inflation

36 Bürger leiden unter der Preisexplosion

25. Januar 2022

Berliner Schulen droht Islamisierung

An 90 Prozent der Schulen von Berlin-Neukölln zetteln die Kinder aus Familien islamistischer Parallelgesellschaften religiöse Konflikte an. Sie missachten Lehrer, üben Druck auf Mitschüler aus, zu fasten oder Kopftuch zu tragen.

Laut Studie des Vereins Demokratie und Vielfalt weigern sich die Schulbehörden, diese Probleme klar zu benennen und konsequent zu lösen. Sie verharmlosen religiösen Extremismus sogar als Reaktion der muslimischen Schüler auf eine feindselige Umwelt und kehren so Opfer und Täter um.

Als die Medien über die Studie berichteten, bestätigten die Lehrer unfreiwillig die Vorwürfe, indem sie zum Besten gaben, an den Schülern gebe es kein Problem mit Islamismus, sondern mit Rassismus. Dabei sollten gerade sie ein Interesse an der Lösung der Probleme haben.

Dieses Umkehren und Verschweigen der Probleme mit islamistischen Parallelgesellschaften muss ein Ende haben. Der Islamismus muss an der Wurzel bekämpft werden. Dazu gehört Nulltoleranz für Islamismus an deutschen Schulen!



90%
der Schulen in
Neu-Kölln sind
von islamischer
Gewalt betroffen

**Islamismus
effektiv
bekämpfen!**



3. Februar 2022

Sonderermittler enthüllen Dimension der Clankriminalität

Fast 2.000 Ermittlungsverfahren, knapp 140 Jahre Haft und mehr als 1,8 Millionen beschlagnahmte Euro dank der Arbeit von nur zwei Sonderermittlern in dreieinhalb Jahren. Diese Zahlen lassen erahnen, welche Verbrechen durch Clankriminelle den Behörden sonst entgehen, wenn keine Sonderermittler tätig sind.

Allein in Duisburg gibt es über 100 arabischstämmige Clans, da genügen zwei weitere Sonderermittler in NRW nicht, um gegen Clankriminalität eine echte Strategie der Nulltoleranz zu verfolgen.

Was es braucht, um Deutschland sicher vor Clankriminellen zu machen, das ist eine bundesweite Nulltoleranzstrategie mit Abschöpfung illegalen Vermögens, konsequenter Strafverfolgung, deutlichen Haftstrafen und vor allem Abschiebungen.

Solange die Bundesregierung eine Politik der offenen Grenzen betreibt, sind alle Maßnahmen gegen kriminelle Clans ein Tropfen auf den heißen Stein. **Für echte Nulltoleranz gegen Clankriminelle steht nur die AfD!**

21. März 2022

Blitzdiagnose „psychisch gestört“ revidiert

Am 6. November griff Abdalrahman A. im ICE drei Passagiere mit dem Messer an. Schnell taten sich Gutachter mit der Blitzdiagnose „psychisch gestört“ hervor – noch bevor die Datenträger des Angreifers überhaupt ausgewertet und mögliche terroristische Tatmotive ermittelt waren. Ich übte damals massive Kritik an dieser Blitzdiagnose, auch ein namhafter Gerichtsgutachter zweifelte die Blitzdiagnose öffentlich an.

Nach über vier Monaten muss der Leitende Oberstaatsanwalt einräumen, dass Auswertungen von Datenträgern und Zeugenaussagen den Verdacht erhärten: Abdalrahman A. hat aus islamistischen Motiven gehandelt. Ich wiederhole deshalb meine Forderung: Wenn ein Muslim eine Attacke nach Muster des Islamischen Staats begeht, muss von einem Terroranschlag ausgegangen werden, bis das Gegenteil bewiesen ist.

Das gilt auch für den somalischen Messerstecher für Würzburg, der laut Gerichtsgutachtern ebenfalls schuldunfähig sein soll. Es dürfen keine Fehldiagnosen gestellt werden, um die Öffentlichkeit über die wahre Terrorgefahr hinwegzutäuschen!

Die Zahl der islamistischen „Gefährder“ hat sich seit 2013 nahezu verfünffacht.



22. März 2022

2022 – das Jahr der freien Gefährder?

Fast 40 gefährliche Islamisten könnten dieses Jahr aus der Haft entlassen werden. Einige werden sogar auf Bewährung. In Hamburg haben 60 Prozent der Islamisten, die dieses Jahr entlassen werden, ihre Strafe noch nicht vollständig verbüßt. In Hannover soll Safia S. entlassen werden, die 2016 einen Polizeibeamten mit einem Messer in die Kehle stach. Laut Auskunft eines Justiz-Mitarbeiters wird die Frau von Islamisten für diese barbarische Tat verehrt.

Rund 100 islamistische Gefährder befinden sich in Haft, knapp ein Drittel von ihnen besitzt nur die deutsche Staatsangehörigkeit. All diese Gefährder wollen Terroranschläge begehen. Um die Bürger vor ihnen zu schützen, müssen die ausländischen Gefährder nach Verbüßen ihrer Haftstrafe in die Heimat abgeschoben werden. Die deutschen Gefährder sind in Gewahrsam zu nehmen, wenn sie weiterhin eine Gefahr für Leben und Gesundheit der Bürger darstellen.

Bei allen übrigen Islamisten ist vor der Entlassung ausgiebig zu prüfen, ob sie sich in Haft radikalisiert haben und daher als Gefährder einzustufen sind. Es ist unzumutbar, diese Personen ungeprüft aus der Haft zu entlassen. Vor allem vorzeitige Entlassungen sind inakzeptabel!

FAESER: Eine Antifa-Freundin ist jetzt Bundesinnen- ministerin

Laut der neuen Bundesinnenministerin Nancy Faeser müssen nicht angemeldete Versammlungen aufgelöst werden. „Das ist in einem Rechtsstaat so vorgesehen.“ Stimmt aber nicht.

Schon 1985 urteilte das Bundesverfassungsgericht in einer bekannten Grundsatzentscheidung: Spontane Demonstrationen unterliegen nicht der Anmeldepflicht. Und die Versammlungsfreiheit friedlicher Demonstranten bleibt auch dann gewahrt, wenn einzelne Teilnehmer davon abweichen. Wichtig ist, dass der Veranstalter und die Demonstration als Ganzes friedlich bleiben.

Während der Freiheitseinschränkungen im Zuge der Corona-Maßnahmen mussten wir immer wieder beobachten, dass Black-Lives-Matter- oder Antifa-Demonstranten massiv gegen Auflagen verstoßen durften, ohne dass die Demonstration aufgelöst worden wäre. Dies war teils sogar bei Straftaten der Fall. Gegen Kritiker der Regierungspolitik lassen die Polizeiführungen hingegen immer wieder mit einer überharten Einsatzstrategie vorgehen. Das ist inakzeptabel!

8. Januar 2022

Nancy Faeser will mehr Migration aus Afghanistan

Die neue Bundesinnenministerin Nancy Faeser will die Asyl-Hürden für Afghanen senken und Afghanistan als Herkunftsland mit guter Bleibeperspektive einstufen. Dabei erfüllt Afghanistan die Voraussetzung dafür gar nicht, weil es eine Gesamtschutzquote von unter 50 Prozent aufweist.

Faeser will afghanische Migranten „frühzeitig integrieren“. Die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass dieser Wunsch kaum realisierbar ist. Die Probleme mit afghanischen Zuwanderern sind enorm. Afghanen sind bei einem Bevölkerungsanteil von 0,33 Prozent unter den Tatverdächtigen von Vergewaltigung und sexueller Nötigung – mit einem Anteil von bundesweit vier Prozent – deutlich überrepräsentiert.

In Wien haben afghanische Zuwanderer im vergangenen Juli die 13-jährige Deutsche Leonie brutal unter Drogen gesetzt, vergewaltigt, ermordet und tot auf einer Grünfläche abgelegt. An Silvester hat ein 20-jähriger afghanischer Zuwanderer, der in Deutsch-

land wohnhaft ist, auf einer Reise nach Tschechien eine junge Frau mit dem Messer schwer verletzt und eine weitere Frau vergewaltigt.

Die Statistik und die bekannten Fälle zeigen, dass Zuwanderer aus Afghanistan überproportional an Taten gegen Frauen beteiligt sind. Umso wichtiger ist es, keine weiteren Zuwanderer aus Afghanistan aufzunehmen. Echten Flüchtlingen ist in ihrer Heimatregion zu helfen. **Wir müssen zuerst an das Wohl der eigenen Bürger denken!**

Laut AZR-Zahlen leben in Deutschland rund 216.000 afghanische Flüchtlinge. Etwa 29.000 von ihnen gelten als „ausreisepflichtig“. Im Jahr 2020 wurden beispielsweise nur 137 Abschiebungen durchgeführt.



https://commons.wikimedia.org/wiki/Category:Nancy_Faeser#/media/File:2019-01-18_Konstituierende_Sitzung_Hessischer_Landtag_SPD_Faeser_3663.jpg (CC BY-SA 3.0 DE)

11. Januar 2022

Werbung für Fridays for Future, Diffamierung bürgerlichen Protests

Die neue Bundesinnenministerin ruft die Bürger per Twitter indirekt dazu auf, auf die Ausübung ihres verfassungsmäßig verbrieften Grundrechts zu verzichten, weil neben ihnen Extremisten demonstrieren könnten. Bei Demonstrationen aus dem linken Spektrum hat nie eine Rolle gespielt, ob Linksextremisten mitmarschierten.

Ministerin Nancy Faeser machte persönlich Werbung für die Fridays for Future, demonstrierte mit, obwohl die Bewegung sich damals schon mit den Linksextremisten von ‚Ende Gelände‘ gemein gemacht hatte. Die Hun-

derttausenden, die gegen überzogene Corona-Maßnahmen auf die Straße gingen, bildeten hingegen laut Aussage von Beamten des Innenressorts das bürgerliche und demokratische Spektrum ab.

Die Innenministerin hat sich nicht in die Demonstrationsfreiheit einzumischen. In Demokratien sind Demonstrationen gerade dann legal und legitim, wenn sie der Kritik an der Regierung dienen. **Die Bundesregierung darf das Demonstrationsrecht nicht zu einer Jubelpflicht in Bezug auf die Regierungspolitik umwidmen.**



19. Januar 2022

Nancy Faeser will Telegram zensurieren

Die Bundesinnenministerin schrieb auf Twitter: „Wir erinnern #Apple und #Google an ihre gesellschaftliche Verantwortung. Solange sie Apps wie #Telegram in ihren Stores anbieten, sind sie auch eine Form von Brandbeschleuniger für #Rechtsextremismus und #Verschwörungstheorien. Kein Platz für #Hass und #Mordaufrufe!“

Tatsächlich nutzten auch Terroristen Telegram, um Terroranschläge vorzubereiten. Das hat die Bundesregierung aber kaum gestört. Sie hat nichts unternommen, um der Polizei zu ermöglichen, diese Kommunikation abzufangen, Terroranschläge zu verhindern und Menschenleben zu retten. Unsere Sicherheitsbehörden waren auf Hinweise ausländischer Nachrichtendienste angewiesen.

Jetzt wo friedliche Bürger zunehmend Telegram nutzen, um Informationen auszutauschen, die ihnen von den Massenmedien vorenthalten werden, oder um sich zu Demonstrationen zu verabreden, entdeckt die Bundesregierung plötzlich die Bedrohung, die von Telegram ausgehen soll. **Schluss mit dieser Zensur!**





6. Februar 2022

Antifa-Verbindungen der Innenministerin werden bekannt

Im September 2016 besuchte Nancy Faeser die Antifa-BI Main-Taunus und ließ sich mit deren Mitgliedern ablichten. Und nur wenige Monate vor ihrer Ernennung zur Bundesinnenministerin hat Nancy Faeser im antifa-Magazin einen Beitrag veröffentlicht. Mit dieser Veröffentlichung demonstriert die Ministerin erneut ihre Nähe zum Antifa-Milieu.

Für die AfD gibt es hier keinen Verhandlungsspielraum. Am 18. Februar sprach ich im Deutschen Bundestag – erstmals von der Tribüne aus – über die Verfehlungen der neuen Bundesinnenministerin Nancy Faeser. **Ich forderte ihre Entlassung: Nancy Faeser muss deshalb zurücktreten oder entlassen werden!**

22. Februar 2022

Faeser will unsere Kinder und Enkel indoktrinieren

Antifa-Freundin Nancy Faeser will jetzt schon Kleinkinder mit ihrer linken Weltanschauung indoktrinieren. Sie fordert Demokratie-Unterricht im Kindergarten. Wie für die Antifa typisch, kostümiert sie die linke Ideologie als Bekämpfung von Rechtsextremismus.

Kleinkinder brauchen aber noch überhaupt keinen Demokratie-Unterricht. Was sie brauchen, das ist die Vermittlung grundlegender Werte wie Gerechtigkeit, Ehrlichkeit oder Mitgefühl. Für Gemeinschaftskunde ist später in der Schule noch Zeit.

Die politische Indoktrination von kleinen Kindern ist typisch für sozialistische Staaten und fehlt am Platz in unserer freiheitlichen Demokratie. Wir lehnen die Manipulation unserer Kinder und Enkel durch Antifa-Ideologie konsequent ab. Finger weg von unseren Kindern!

15. März 2022

Faeser und Haldenwang zitieren Zahlen linker Stiftung

Gestern stellten Nancy Gaeser und Verfassungsschutz-Präsident Haldenwang den Aktionsplan Rechtsextremismus vor. Dabei beriefen sie sich auf Zahlen der stark links-lastigen Amadeu-Antonio-Stiftung, die in der Vergangenheit sportliche Jungen und Mädchen mit Zopf als völkisch und rechtsextremistisch diffamierte.

Demnach habe der Rechtsextremismus seit 1990 über 200 Todesopfer gefordert. Nach der offiziellen Statistik des Bundeskriminalamts sind es aber erheblich weniger Opfer. Der Unterschied: In die Statistik des BKA fließen richterliche Urteilstexte ein, in die Zahlen der Amadeu-Antonio-Stiftung tendenziöse Auswertungen von Akteuren der linken „Zivilgesellschaft“. So weit sind wir also schon!

Die Bundesinnenministerin, eine bekennende Antifa-Freundin, stützt sich bei politischen Richtungsentscheidungen zur Inneren Sicherheit nicht auf objektive Zahlen der Polizei, sondern auf subjektive Materialsammlungen linker Journalisten und Aktivisten. Das ist ein Tabubruch. **Diese Innenministerin ist in ihrem Amt untragbar!**

Die Stitung wurde 1998 von der ehemaligen Stasi-Mitarbeiterin Annette Kahane gegründet. Der Organisation wird seit Jahren vorgeworfen, sich nicht an Fakten zu halten und rein ideologisch zu handeln. Trotzdem fließen jährlich Steuergelder in Millionenhöhe! Ende März 2022 trat Kahane als Vorsitzende überraschend zurück.



28. März 2022

Faeser will Ukraine-Flüchtlinge nicht registrieren

Unsere Sicherheitsbehörden warnen davor, dass Schleuser die Fluchtbewegung aus der Ukraine ausnutzen, um illegale Migration zu befeuern. Laut Bundesnachrichtendienst setzen diese Schleuser gefälschte ukrainische Studentenausweise ein. Schon länger nutzen auch Syrer und Afghanen ukrainische Dokumente.

Dies bestätigt den Eindruck: Viele vermeintliche Studenten aus der Ukraine sind Migranten aus arabischen und afrikanischen Ländern.

Wir müssen ausschließen, dass kriminelle oder extremistische Personen mit der Flüchtlingswelle nach Deutschland gelangen. Genau das

verhindert aber Bundesinnenministerin Faeser, die nicht nur effektive Grenzkontrollen ablehnt, sondern auch die Registrierung der Migranten.

Die Migranten werden keinen ererkennungsdienstlichen Kontrollen unterzogen. Unter ihnen dürften sich wie in der Vergangenheit auch Terroristen und Verbrecher befinden. Deshalb kritisiert die Berliner Polizei massiv das vereinfachte Registrierungsverfahren. Schluss mit diesem sicherheitspolitischen Amoklauf. **Wir dürfen keine illegale Migranten aufnehmen, die Fluchtbewegungen missbrauchen!**

30. März 2022

Faeser scheitert mit Umverteilungsquote für Ukraine-Flüchtlinge

Die Visegrad-Staaten haben unzählige Male kundgetan, dass sie keine EU-Verteilungsquote für Flüchtlinge oder Migranten wollen. Ungarn hat über 350.000 Flüchtlinge aus der Ukraine aufgenommen, Polen über zwei Millionen. Und trotzdem verlangte Bundesinnenministerin Nancy Faeser noch Mitte März eine Verteilungsquote und rückte erst davon ab, als sie sah, dass sie damit verständlicherweise nicht auf Bereitswilligkeit stieß.

Ungarn und Polen haben allen Grund, diese Verteilungsquote abzulehnen, auch wenn sie dadurch kurzfristig vielleicht entlastet werden würden. Sie wissen: Ist die Quote erst einmal da, wird ein künftiges europäisches Asyl- und Migrationssystem darauf aufgebaut. Wenn sie eine Verteilungsquote jetzt ablehnen, handeln diese Staaten also auch im deutschen Interesse. Wie weit ein Land Flüchtlingen aus seiner Nachbarschaft helfen kann, muss es anhand seiner Erfahrungen und der Bereitschaft seiner Bürger selbst entscheiden!

Bald sind 300.000 Flüchtlinge und Migranten mit der Flüchtlingswelle nach Deutschland gekommen. Weil die Bundesregierung unsere Grenzen nicht effektiv schützt und lückenlos kontrolliert, wissen wir nicht einmal, wie viele und wer genau. Ein großer Teil dürften überhaupt keine Ukrainer sein. Eine Münchner Polizistin äußerte gegenüber Bild die Einschätzung: „Nur ein Bruchteil sind wirklich ukrainische Flüchtlinge“. Kommt nach den angeblichen Ortskräften aus Afghanistan ein halbes Jahr später die nächste Mogelpackung? Die Bundesregierung muss aufhören, die Bürger für dumm zu verkaufen!

Bundesaußenministerin Baerbock rechnet mit acht Millionen Flüchtlingen aus der Ukraine in der EU. Deutschland kann keine Migration in dieser Größenordnung verkraften. Deshalb muss die Bundesregierung dafür sorgen, dass die Grenzen geschützt und illegale Migranten zurückgewiesen werden. Hilfe für echte Flüchtlinge und eine Politik der offenen Grenzen sind unvereinbar!

Neue Kriminalstatistik: Zuwanderergewalt auf hohem Niveau

Am 5. April hat Bundesinnenministerin Faeser die Polizeiliche Kriminalstatistik 2021 vorgestellt. Der Anteil von Asylzuwanderern an den Tatverdächtigen aller Straftaten ist gleich wie im Vorjahr. Mit einem Anteil an den Tatverdächtigen der Gewaltkriminalität von 12,5 Prozent sind Zuwanderer nach wie vor um ein Vielfaches überrepräsentiert. Die hohe Gewalt durch Asylzuwanderer ist für die Bundesinnenministerin offenbar nicht erwähnenswert. Das ist beschämend!

In der Deliktsgruppe der Vergewaltigung, sexuellen Nötigung und schwerer sexueller Übergriffe stellen Syrer 4,7% der Tatverdächtigen bei einem Bevölkerungsanteil von unter einem Prozent, Afghanen 3,8% der Tatverdächtigen bei einem Bevölkerungsanteil von 0,3%. Im Klartext: Der Anteil von Syrern an den Tatverdächtigen schwerer Sexualdelikte übersteigt ihren Bevölkerungsanteil beinahe um das Fünffache, bei Afghanen sogar fast um das Zwölfwache.

Hier muss der Staat dringend gegensteuern! Zur Abschreckung sind diese Sexualstraftäter unter Ausschöpfung des Strafmaßes deutlich zu bestrafen und nach Strafverbüßung abzuschicken. Die Politik der offenen Grenzen muss beendet werden. Nur so ist Gewalt durch Zuwanderer dauerhaft zu vermindern!

Anteil von Asylzuwanderern an den Tatverdächtigen der Gewaltkriminalität



Politisches Totalversagen in der Corona- Krise



17. Januar 2022

Mehr über mich:
martinhess-afd.de

Lauterbach ließ rechtswidrig Genesenen- Status halbieren

Im Oktober stand noch zur Debatte, den Genesenen-Status auf ein Jahr zu verlängern. Renommiertere Wissenschaftler führten an, dass die immunologische Schutzdauer sechs Monate deutlich übersteige. In der Schweiz wurde der Status in Anbetracht der neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse sogar auf ein volles Jahr verlängert.

Und in Deutschland? Übers Wochenende halbierte das Robert-Koch-Institut, das dem Bundesgesundheitsministerium untergeordnet ist, den Status handstreichartig mit sofortiger Wirkung auf drei Monate. Weil der erste dieser drei Monate durch Quarantäne und Wartezeit ausgefüllt ist, gilt der Genesenen-Status tatsächlich sogar nur zwei Monate.

Das Verwaltungsgericht Osnabrück erklärte die Verkürzung für verfassungswidrig. Trotzdem weigerte sich Lauterbach beharrlich, die Verordnung anzupassen. Wenn hier nachgeordnete Behörden abertausenden Bürgern über Nacht willkürlich Teilhaberechte nehmen können, ist eine weitere rote Linie überschritten.

Kurz vor der Bundestagswahl sagte Lauterbach: „Wir wissen heute, dass der Genesenen-Status sehr umfangreich schützt. Und wir wissen auch, dass der Genesenen-Status ganz gut schützt über die sechs Monate hinaus. Von daher könnte ich mir vorstellen, dass wir den Genesenen-Status mit dem Antikörpernachweis so nutzen, dass man auch über die sechs Monate hinaus noch als genesen gilt.“

Die Impfagenda scheint wichtiger zu sein als Corona-Bekämpfung. Mit ihrer Agenda nimmt die Bundesregierung selbst auf das Verfassungsrecht kaum noch Rücksicht. **Solche Entscheidungen, die Grundrechte berühren, müssen vom Parlament per Gesetz getroffen werden und nicht von nachgeordneten Behörden per Aktualisierung der Internetseite.**

3. Februar 2022

US-Epidemiologen: Lockdowns ohne Schutzwirkung

Im Juni 2020 wurde den Bürgern erzählt, die Lockdowns würden Millionen Menschenleben retten und seien daher dringend notwendig. Eine Analyse von Wissenschaftlern der bekannten Johns-Hopkins-Universität zeigt aber: Die Lockdowns haben praktisch keine Menschenleben gerettet.

Die Todesrate wurde durch Kontaktbeschränkungen und Schließungen von Schulen, Restaurants und Geschäften nur um 0,2 Prozent gesenkt. Abertausende Unternehmer, Arbeitnehmer und Selbständige stehen aber vor dem Ruin. **Die Bundesregierung muss die Auswirkungen ihrer Maßnahmen endlich aufarbeiten!**



https://commons.wikimedia.org/wiki/Category:Karl_Lauterbach_(politician)_1963#/media/File:Empfang_f%C3%BCr_%C3%9Bzielm_T%C3%BCreci_und_U%C4%9Fur_%C9%9Eshin_im_Rathaus_K%C3%BBlm-5444.jpg (CC BY-SA 4.0)



23. Februar 2022

Karl Lauterbach: Minister der Widersprüche

Karl Lauterbach ist ein meinungsstarker Minister. Nur hat er offenbar zu allem eine Meinung, aber von vielem keine Ahnung. Mit seinen Äußerungen zu Corona macht er sich zum Minister der Widersprüche. Nicht nur, was Impfpflicht und Genesenen-Status betrifft. Das fällt auch den Mainstream-Medien immer stärker auf.

Am 17. Oktober 2021 behauptete Lauterbach, Menschen würden nach einer Corona-Erkrankung „im Zeitraffer altern“. Kritikern entgegnete er: „Muss man 5 Jahre abwarten, bis die Frage endgültig geklärt ist?“ Am 15. November 2021 kündigte Lauterbach an, „dass Mitte Dezember die Intensivstationen voll sind“, im Februar 2022 stellte er richtig fest, dass die Intensivstationen nie überlastet gewesen sind.

Am 28. November 2021 twitterte Lauterbach, dass die Corona-Welle den Höhepunkt nicht vor Mitte Dezember erreiche. Der Höhepunkt war aber bereits einen Tag später erreicht. Am 30. November 2021 warnte er mit Bezug auf die Freiheitseinschränkungen,

dass „die meisten Ungeimpften von heute bis dahin entweder geimpft, genesen oder leider verstorben sind“. Tatsächlich leben fast alle immer noch.

Am 10. Januar behauptete Lauterbach, dass Depressionen bei Kindern „nicht einfach dem Lockdown“ angelastet werden dürften. Dabei sagt der Expertenrat des Bundestags, dass die Lockdown-Maßnahmen unter anderem für die Krankheitslast von Kindern und Jugendlichen verantwortlich sind.

Am 21. Januar sagte Lauterbach mindestens 400.000 neue Corona-Fälle pro Tag voraus, der Höchstwert am 4. Februar lag aber bei weniger als 250.000. Bei Maischberger behauptete Lauterbach kürzlich, er habe sehr früh festgestellt, dass Omikron milder verlaufe als Delta. Dabei ist das Gegenteil richtig, er verbreitete massiv Panik vor Omikron.

Die Frage ist: Wer soll diesem Minister noch glauben? Mit seinem Missverhältnis zu Fakten und zur Wahrheit ist dieser Panikmacher als Minister eine Fehlbesetzung. Schluss mit der Panikmache!



24. Februar 2022

Impfnebenwirkungen: Betriebskrankenkasse korrigiert Paul-Ehrlich-Institut

Verschweigt die Bundesregierung die wahre Dimension der Impfnebenwirkungen? Die Betriebskrankenkassen errechnen erheblich höhere Zahlen als das staatliche Paul-Ehrlich-Institut. Eine Nachzählung der ergab, dass von Januar 2021 bis August 2021 217.000 BKK-Versicherte wegen Impfnebenwirkungen behandelt worden sind. Fast alle wegen Corona, manche sogar mehrfach.

Während das Paul-Ehrlich-Institut bei über 60 Mio. Geimpften nur auf rund 245.000 Nebenwirkungen kommt, käme die BKK hochgerechnet auf drei Millionen Arztbesuche wegen

Impfnebenwirkungen. Völlig zutreffend forderte der Vorstand der BKK ProVita Schöfbeck eine umfassende öffentliche Debatte: „Es wäre ethisch falsch, nicht darüber zu sprechen.“

Stattdessen wurde Schöfbeck fristlos entlassen. Der Vorwurf: Er bediene Narrative von AfD und Querdenkern. Diese skandalösen Vorgänge beweisen: An Aufklärung besteht kein Interesse. Wer die wahren Dimensionen der Impfnebenwirkungen enthüllt, muss mit dem Ende seiner Karriere rechnen. **Wir fordern eine vollumfängliche Aufklärung aller Impfnebenwirkungen!**

Mehr über mich:
martinhess-afd.de

7. März 2022

Robert-Koch-Institut ändert auch Risiko- bewertung

Wieder hat das Robert-Koch-Institut (RKI) durch Textänderungen stillschweigend Fakten geschaffen. Vor einer Woche änderte die Behörde ihre Risikobewertung. Vorher hieß es, die Impfung biete „grundsätzlich einen guten Schutz vor COVID-19, insbesondere gegen schwere Erkrankung und Hospitalisierung“. Jetzt soll sie nur noch „grundsätzlich einen guten Schutz vor schwerer Erkrankung und Hospitalisierung“ bieten.

Diese Änderung zeigt: Selbst die Bundesbehörde nimmt Abstand von der Einschätzung, dass die Impfung die gesamte Gesellschaft vor Corona schützt. Die Impfung bietet keinen hinreichenden Fremdschutz, sondern nur begrenzten Selbstschutz. **Eine Impfpflicht ist auf dieser Grundlage nicht zu begründen – weder für die gesamte Bevölkerung noch für bestimmte Berufsgruppen.**



9. März 2022

Österreich setzt Impfpflicht aus

Österreich ist mit der allgemeinen Impfpflicht – inklusive horrender Geldbußen – vorangegangen. Jetzt setzt die österreichische Bundesregierung die Impfpflicht schon wieder aus – kurz bevor Kontrollen und Anzeigen umgesetzt werden. Wegen der harmlosen Omikron-Variante sei die Impfpflicht nicht mehr verhältnismäßig.

Sogar der öffentlich-rechtliche MDR hat nun berechnet, dass der Anteil der Geboosterten auf Intensivstationen rasant zunimmt, die Booster-Impfung mithin gar nicht den Schutz hat, den

Politiker und Lobbyisten noch kürzlich versprochen haben. Nach MDR-Berechnung geht die Impfwirkung von anfangs 90 Prozent in nur sieben Wochen auf 60 Prozent zurück.

Die deutsche Bundesregierung darf nicht denselben Fehler machen wie die österreichische, sie darf keine Impfpflicht verabschieden, die ohnehin unhaltbar ist! Hören auch Sie nicht auf, für Ihre Rechte zu demonstrieren, Petitionen zu unterzeichnen und den Abgeordneten Briefe zu schreiben.

Nur gemeinsam sind wir stark!



11. März 2022

Wissenschaftler bestätigen die AfD in Brief an Bundestag

Nicht erforderlich, nicht angemessen und damit verfassungswidrig – 81 Wissenschaftler, zwei Drittel von ihnen sogar Professoren, geben der AfD in ihrer Einschätzung recht. Auch unsere Bedenken im Hinblick auf Impfnebenwirkungen teilen die Wissenschaftler. 80 Prozent der Impfschäden werden ihrer Einschätzung zufolge überhaupt nicht gemeldet.

Der allgemeinen Impfpflicht fehlt es mithin nicht nur an einer Begründung, sie würde die Bevölkerung auch – vermutlich unter Androhung horrender Bußgelder – in Gänze einem unzumutbaren Risiko aussetzen. Ob er das Risiko von Impfschäden eingehen will, muss jeder Bürger in Abwägung von Nutzen und Risiko für sich selbst entscheiden. Wir sagen deshalb Nein zur Impfpflicht und Ja zur Impffreiheit!

16. März 2022

AfD sagt im Bundestag Nein zur Impfpflicht

Am 16. März debattierte der Deutsche Bundestag über die Verlängerung der Corona-Maßnahmen durch sogenannten Basisschutz und Hotspot-Regelung. Die AfD forderte mit einem eigenen Antrag die Aufhebung sämtlicher Maßnahmen. Wir fordern den Tag der Freiheit, wie ihn unsere europäischen Nachbarn bereits feiern durften! Heute ging es dann um die allgemeine Impfpflicht.

In ihrem Gesetzentwurf forderten Bundeskanzler Olaf Scholz, Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach und viele andere Abgeordnete die Einführung der allgemeinen Impfpflicht. Dabei ist diese Impfpflicht nicht nur überhaupt nicht erforderlich. Sie ist auch durch nichts gerechtfertigt. Die Impfung ist keineswegs so gut verträglich, sicher und wirksam, wie Scholz und Lauterbach vorgeben.

Unsere Fraktion hat in einem eigenen Antrag die allgemeine Impfpflicht konsequent abgelehnt und die Aufhebung der einrichtungsbezogenen Impfpflicht gefordert.



Links- extremismus auf dem Vormarsch

18. Januar 2022

Linksextremisten am gewalttätigsten

Letztes Jahr haben Linksextremisten wieder mehr politisch motivierte Gewalttaten verübt als andere Extremisten. Dies zeigt die Antwort der Bundesregierung auf meine schriftliche Einzelfrage. Gewalttaten gegen Amts- und Mandatsträger richteten sich mit Abstand am häufigsten gegen unsere Partei. Auch bei den Gewalttaten gegen die Polizei stehen Linksextremisten mit 586 Delikten an erster Stelle.

Wieder einmal ist festzustellen: Gegen linksextremistische Gewalttäter unternimmt die Regierung viel zu wenig. Und es steht zu befürchten, dass sich das nicht ändern wird.

Wir fordern: **Alle Formen des Extremismus müssen gleichermaßen bekämpft werden!**

21. Februar 2022

Neuer Linksterrorismus formiert sich

Die Toleranz und Unterstützung der Bundesregierung für Links- und Klima-Extremisten droht eine Welle des Linksterrorismus zu erzeugen. Die Sprecherin von ‚Ende Gelände‘ durfte in der ‚Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung‘ über Anschläge auf Industrieanlagen nachdenken. Tazio Müller, ein Mitgründer von ‚Ende Gelände‘, hat schon letztes Jahr die Gründung einer grünen RAF angekündigt.

Und der frühere Sprecher von ‚Extinction Rebellion‘, einer radikalen Gruppierung, die ebenfalls mit den ‚Fridays for Future‘ kooperiert, sprach im vergangenen Herbst offen über Sabotageakte gegen Industrieanlagen.

Klima-Extremisten dürfen Terrorszenarien offen ausbreiten, ohne dass es einen Aufschrei gibt. Die Innenministerin schweigt zu den hoch gefährlichen Gedankenspielen.

Bayerns Ministerpräsident Markus Söder lenkte die Aufmerksamkeit auf die friedlichen bürgerlichen Corona-Proteste, die er allen Ernstes mit dem Drohszenario einer „Corona-RAF“ benennt. Söder, Faeser und Genossen decken Linksterrorismus und kriminalisieren Engagement für die Bürgerrechte. **Die AfD hingegen fordert konsequente Strafverfolgung von gewalttätigem Extremismus und Terrorismus!**





17. Februar 2022

AfD war 2021 wieder Hauptziel von Extremisten

Die Antwort der Bundesregierung auf meine Anfrage zeigt: Unsere Partei ist 2021 wieder Hauptziel politisch motivierter Angriffe gewesen. Aber die Regierung gibt sich zugeknöpft.

In der Vergangenheit sagte die Regierung ausdrücklich, dass die tätlichen Angriffe auf unsere Partei von Linksextremisten verübt werden, die dem Aktionsfeld des „Antifaschismus“ zugerechnet werden. Kaum haben wir eine Bundesinnenministerin mit besten Kontakten zur bundesweit größten linksextremistisch beeinflussten Organisation im Bereich des Antifaschismus, fehlt diese Information.

Diese Weißwaschung der Antifa ist ein Schlag ins Gesicht all unserer Parteimitglieder und Polizeibeamten, die Opfer von Antifa-Gewalt geworden sind. **Die Antifa darf nicht salonfähig gemacht werden!**

4. März 2022

Bundespräsident „würdigt“ RAF-Terroristin

Frank-Walter Steinmeier hat sich erneut eine unfassbare Entgleisung erlaubt. Er hat die RAF-Terroristin Gudrun Ensslin, eine verurteilte Mörderin von vier Menschen, zu den „großen Frauen der Weltgeschichte“ gerechnet und somit „gewürdigt“. Auch Rosa Luxemburg, die in Deutschland eine kommunistische Diktatur errichten wollte, stellte er in diese Reihe.

Mittlerweile ist der entsprechende Text von der Webseite des Bundespräsidenten gelöscht, Steinmeiers Sprecherin hat die Äußerung als Fehler bezeichnet. Das ändert aber nichts am Befund: Steinmeiers Lob für die polizeifeindliche Punk-Band ‚Feine Sahne Fischfilet‘ war kein Ausrutscher, sondern Ausdruck seiner radikal linken Weltanschauung.

Es ist beschämend, dass Union und FDP ihm ihre Stimmen bei der Bundespräsidentenwahl gegeben haben. Ein Mann, der Terroristen für große Menschen hält, ist im Amt des Bundespräsidenten untragbar!



2. Februar 2022

Bürger machen sich Sorgen wegen Inflation

Fast jeder zweite Bürger macht sich laut einer Schufa-Umfrage Sorgen, wegen der Teuerung und Gehaltsausfällen seinen Lebensstandard erheblich senken zu müssen. Und diese Sorgen sind auch vollauf berechtigt. Das zeigt bereits ein Blick auf die Nachrichtenlage.

Die Inflation in der Eurozone steigt auf 5,1 Prozent, die Inflationsrate in Deutschland betrug 2021 3,1% gegenüber dem Vorjahr, im Dezember 2021 sogar 5,3% gegenüber dem Vorjahresmonat. Die jährlichen Energiekosten für Familien waren schon vor dem Ukraine-Krieg auf über 6.000 Euro gestiegen, das sind 2.200 Euro mehr als im Vorjahr, die Heizkosten haben sich sogar verdoppelt.

Die einzige Partei, die ein Ende der überzogenen Corona-Maßnahmen, eine gesunde Geldpolitik und die Abschaffung horrender Abgaben auf Energie fordert, ist die AfD. **Nur die AfD kämpft für den Wohlstand der Bürger!**

Die Teuerung steigt galoppierend an



5. März 2022

Sprit steigt über zwei Euro

Anfang März stiegen die Spritpreise über zwei Euro, seither sind sie nicht mehr maßgeblich gesunken. Schon lange steigen die Spritpreise massiv an, die Anspannung des Rohölmarkts infolge des Ukraine-Kriegs ist nun ein weiterer Faktor.

Polen bietet Autofahrern durch eine Mehrwertsteuersenkung eine enorme Entlastung, der Sprit ist dadurch bis zu 60 Cent günstiger. Auch in Deutschland könnte und müsste der Sprit durch die Regierung stark verbilligt werden. Der hohe Anteil von Abgaben im Spritpreis lässt dazu genügend Raum.

Die AfD fordert, die Autofahrer sofort zu entlasten. Energiesteuer und CO₂-Bepreisung abschaffen, Mehrwertsteuer auf Sprit massiv senken! Zugleich muss die Pendlerpauschale so umgestaltet werden, dass schon ab dem ersten Kilometer 40 Cent pro Kilometer von der Steuer abgesetzt werden können.

Während der Bundestag wochenlang stritt und diskutierte, senkten viele unserer Nachbarländer unbürokratisch den Spritpreis.

24. März 2022

Landwirtschaftsminister will Bürger frieren lassen

Der Landwirtschaftsminister Baden-Württembergs Peter Hauk hat kein Problem damit, wenn die Bürger im Winter frieren. Er sagte im Landtag: „15 Grad im Winter hält man mit Pull-over aus. Daran stirbt niemand“. Peter Hauk braucht nicht zu frieren, egal wie kalt der Winter ist.

Nach 30 Jahren im Landtag von Baden-Württemberg muss er sich über Energiekosten keine Gedanken mehr machen. Dieser Zynismus von Politi-

kern den Bürgern gegenüber ist inakzeptabel. Die Politiker müssen dafür sorgen, dass Energie für die Bürger erschwinglich ist.

Dazu gehört ein möglichst breites Angebot an Energieträgern wie Kernkraft und Kohlekraft. **Die Abschaffung dieser Energieformen muss daher ein Ende haben, Kernkraftwerke und Kohlekraftwerke der neuen Generation dürfen kein Tabu sein!**



6. Februar 2022

Oberbürgermeisterwahl in Heilbronn

Am 5. Februar unterstützte ich unseren Parteifreund Dr. Raphael Benner beim Endspurt im OB-Wahlkampf in Heilbronn an gleich zwei Wahlkampfständen. Er wartete für Heilbronn mit zukunftsweisenden Projekten auf, durch seine naturwissenschaftliche Promotion wies er eine sehr hohe Fachkompetenz auf. Und er trägt Heilbronn wirklich im Herzen trägt.

Heilbronn hätte einen solchen Bürgermeister von besonderem Format verdient. Aber mit der gesammelten Unterstützung von CDU, Grünen, SPD, FDP und Freien Wählern siegte der Sozialdemokrat Harry Mergel. Unser Kandidat Benner errang ein respektables Ergebnis im zweistelligen Bereich. Ich bin mir sicher, wir werden von ihm noch hören!



VERANSTALTUNGEN



13. Februar 2022

Wahl des Bundespräsidenten

Mit Frank-Walter Steinmeier unterstützten die Regierungsparteien gemeinsam mit der Union einen Bundespräsidenten, der die Spaltung unserer Gesellschaft betreibt. Er warb 2018 für das Konzert einer Punk-Band, die Gewalt gegen Polizeibeamte besang. Zuletzt brachte er hunderttausende Demonstranten fälschlicherweise mit Extremismus in Verbindung.

Unser Kandidat Max Otte hingegen präsentierte sich überparteilich und bekannte sich zu Recht und Einigkeit.

Er kündigte an, im Fall seiner Wahl einem verfassungswidrigen Gesetz zur allgemeinen Impfpflicht die Unterschrift zu verweigern. Ich habe selbstverständlich Professor Otte meine Stimme gegeben.

Wegen der Unterstützung von Union, Grünen und FDP konnte Steinmeier eine weitere Amtszeit antreten. **Besonders beschämend ist, dass die CDU-Vertreter lieber einem linken Sozialdemokraten als einem Mitglied ihrer eigenen Partei die Stimme gaben.**

5. März 2022 / 19. März 2022

Aktionstag gegen die Impfpflicht

Die AfD Baden-Württemberg veranstaltete am 5. März in Reutlingen einen Aktionstag gegen die Impfpflicht und für die freie Impfscheidung.

Danke an alle Mitwirkenden und alle Besucher! In meiner Rede machte ich klar: Eine Corona-Impfpflicht wäre ein massiver, durch keinerlei Evidenz gerechtfertigter Eingriff in unser Recht

auf körperliche Unversehrtheit. Deshalb verteidigt die AfD entschlossen die Freiheit der Impfscheidung. Gesund ohne Zwang!

Am 19. März war ich zu Gast auf der Kundgebung in Göppingen für Frieden und Freiheit. Eine Impfpflicht darf es nicht geben!



Bei blauem Himmel erklärte ich den gut gelaunten Zuhörern, dass wir uns als einzige Partei im Bundestag klar gegen eine Impfpflicht aussprechen werden. Nicht nur in der aktuellen Pandemie, sondern auch in Zukunft.

Der Krieg in der Ukraine und seine Folgen



1. März 2022

AfD fordert Wiedereinführung der Wehrpflicht

Die Bundesregierung hat die Bundeswehr über Jahre hinweg fast totgespart. Die Wehrpflicht wurde abgeschafft, die Ausrüstung sträflichst vernachlässigt. Nach und nach wurden die Streitkräfte von einer ursprünglichen Ist-Stärke von 650.000 Soldaten im Jahr 1990 auf eine heutige Personal-Soll-Stärke von rund 184.000 reduziert.

Der Inspekteur des Heeres nennt die Möglichkeiten der Bundeswehr „extrem limitiert“ und zieht das verheerende Fazit, die Bundeswehr stehe „mehr oder weniger blank da“. Russlands Angriff auf die Ukraine zeigt uns, dass ein Krieg in Europa auch heute jederzeit droht. Deshalb sind 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr ein Schritt in die richtige Richtung, aber bei weitem nicht genug.

Wir müssen die Wehrpflicht reaktivieren und schnellstens die nötigen Voraussetzungen dafür schaffen. Es wird nämlich Jahre dauern, um die Bundeswehr wieder in den Stand der effektiven Verteidigungsbereitschaft zu versetzen.

19. März 2022

Illegale Migranten unter den Ukraine-Flüchtlingen

Der Vorsitzende der Deutschen Bundespolizeigewerkschaft warf der Bundesinnenministerin vor einer Woche vor, nichts aus den Fehlern von 2015 gelernt zu haben. Nur wenn die Flüchtlinge aus der Ukraine kontrolliert würden, seien Sicherheitsrisiken auszuschließen. Im Freilassing, Bayern, seien beispielsweise von 160 angeblichen ukrainischen Flüchtlingen 130 aus Drittstaaten, vor allem aus Afrika gekommen. Ein Polizist, der am Berliner Hauptbahnhof arbeitet, tätigte die Äußerung: „Hier reist der halbe Balkan an.“

Trotz der massiven Flucht- und Migrationsbewegung hat die Bundes-

innenministerin keine effektiven Grenzkontrollen veranlasst. Die Bundespolizei kontrolliert Personen nach wie vor nur per Schleierfahndung, also stichprobenartig. Illegale Migranten reisen mit der Fluchtbewegung ungehindert ein und werden an der Grenze auch gar nicht abgewiesen.

Es besteht die große Gefahr, dass sich unter dem Deckmantel der Flüchtlingsbewegung Personen befinden, die eine erhebliche Sicherheitsbedrohung für die deutsche Bevölkerung darstellen. **Wir müssen daher dringend effektive Grenzkontrollen einführen und illegale Migranten konsequent zurückweisen!**



*Ihnen und Ihren
Liebsten wünsche ich*

**FROHE
OSTERN**

Ihr Martin Hess
Mitglied des Deutschen Bundestages

Erfahren Sie mehr über mich und meine Arbeit im Bundestag.

<https://martinhess-afd.de/>



MARTIN HESS MdB

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel.: +49 30 227-72345

